



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1875
Fax:	02104/99-4853
E-Mail:	cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 24.05.2017

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Montag, den 15.05.2017, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Udo Switalski

Mitglieder

Dirk Brixius
Detlef Ehlert
Gabriele Hruschka
Ingmar Janssen
Marc Kammann
Martina Köster-Flashar
Friedrich-Ernst Martin
Jürgen Merrath
Bernd Müller
Dr. Ophelia Nick
Peter Ratajczak
Maximilian Rech
Helmut Rohden
Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein
Christine Trube
Dietmar Weiß
Peter Werner

Verwaltung

Michael Beitelsmann
Mirko Braunheim
Cornelia Brinkhoff
Nils Hanheide

Ralf Hermann
Ralf Hezel
Thomas Jarzombek
Uwe Rümmler
Torsten Schams
Dorothea Stangier

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.03.2017
3. Informationen der Verwaltung
4. Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes für Verbraucherschutz - 39/004/2017
Vorstellung des Jahresberichtes 2016
5. Aktuelles aus dem Bereich Bevölkerungsschutz 32/006/2017
6. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

7. Informationen der Verwaltung
8. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:02 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt er die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.03.2017

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 02.03.2017 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide informiert den Ausschuss, dass die tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zur Aufstallung von Geflügel inzwischen alle aufgehoben werden konnten. Schäden am Geflügel im Kreis Mettmann seien nicht aufgetreten.

Auch die Verfügung, die zum Schutz vor der Tierseuche Amerikanische Faulbrut erlassen worden ist, konnte bereits wieder aufgehoben werden.

Zu Punkt 4: Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes für Verbraucherschutz - Vorstellung des Jahresberichtes 2016 - Vorlage Nr. 39/004/2017

Der Jahresbericht 2016 des Amtes für Verbraucherschutz wird anhand einer PowerPoint-Präsentation vorgestellt, die der Niederschrift als *Anlage 1* beigefügt ist. Zunächst führt Frau Stangier die Datenauswertungen aus.

Auf die Frage von Frau SB Nick, ob im Rahmen der Fahrzeugkontrollen auch Transportfahrzeuge mit lebenden Tieren überprüft worden seien, teilt Frau Stangier mit, dass es sich bei den kontrollierten Fahrzeugen nur um Lebensmitteltransportfahrzeuge handele.

Frau KA Hruschka bittet um Erläuterung, wie die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Untersuchungseinrichtung gesichert werden soll.

Herr Hanheide führt aus, dass der interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf eine Vereinbarung zugrunde liege, die aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zunächst bis 2021 befristet sei. Derzeit befinde sich der Kreis Mettmann in Gesprächen mit der Stadt Düsseldorf und der öffentlich-rechtlichen Anstalt in Krefeld zum weiteren Betrieb der Untersuchungseinrichtung. Sobald Erkenntnisse aus diesen Gesprächen vorliegen, werde der Ausschuss informiert.

Bevor Herr Hermann im Weiteren zum Vollzug der allgemeinen Lebensmittelüberwachung berichtet, stellt er sich kurz den Ausschussmitgliedern vor, da er seit Anfang 2016 Leiter der Abteilung Verwaltung im Amt für Verbraucherschutz ist.

Herr SB Brixius erkundigt sich, warum im Jahresbericht nichts zur Kontrolle von Tabakwaren etc. ausgeführt werde.

Herr Rümmler teilt mit, dass entsprechende Proben zur Untersuchung angefordert worden sind, diese jedoch erst Anfang 2017 zur Untersuchung eingegangen seien.

Bezug nehmend auf das wieder eingeführte Widerspruchsverfahren bittet Frau KA Hruschka um Einschätzung, warum die Widerspruchsverfahren so langwierig seien und was für Auswirkungen die lange Bearbeitungszeit habe.

Herr Hermann teilt mit, dass die personelle Unterbesetzung in einigen Teilen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) als Grund für die lange Bearbeitungsdauer angenommen werden könne. Zwischenzeitlich hätten die Bearbeitungszeiten jedoch verkürzt werden können. Da in den angefochtenen Bescheiden überwiegend die sofortige Vollziehung angeordnet worden sei, bleibe die Behörde handlungsfähig, auch wenn die Verfahren rechtlich nicht abgeschlossen werden können.

Herr Hanheide ergänzt, dass im Rahmen der partiellen Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens entschieden worden sei, dass das LANUV Widerspruchsbehörde werde. Ziel eines Widerspruchsverfahrens sei die Entlastung der Gerichte, da die behördliche Entscheidung vor einem Gerichtsverfahren noch einmal überprüft werde. Allerdings seien die Entscheidungen der Ausgangsbehörde in den zwischenzeitlich abgeschlossenen Verfahren fast ausnahmslos bestätigt worden. Festzustellen sei, dass die Verfahren heute länger dauerten.

Abschließend stellt Herr Rümmler Beispiele aus Sicht der chemischen Untersuchung dar.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 5: Aktuelles aus dem Bereich Bevölkerungsschutz - Vorlage Nr. 32/006/2017

Über die aktuellen Entwicklungen im Bereich Bevölkerungsschutz wird anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage 2*) berichtet.

Herr Braunheim informiert zunächst über die weiteren Entwicklungen beim Neubau der Kreisleitstelle.

Herr KA Switalski erkundigt sich nach dem Verfahren im Falle einer Abweichung der Feinplanung von den bisherigen Konzepten.

Herr Hanheide stellt klar, dass die Ursprungsbeschreibung nur ein Erstentwurf sein konnte. Eine intensive Betrachtung der einzelnen Nutzungsmodule habe nun konkret gezeigt, welche Anforderungen noch gestellt werden müssten. Maßgeblich sei aber, dass alle Anforderungen mit der Größe des Grundstücks vereinbar und die verschiedenen Nutzungen kompatibel seien. Der bei der Ursprungsbeschreibung festgelegte Kostenrahmen werde bei der Feinplanung berücksichtigt. Bisher seien jedoch insbesondere die technischen Anforderungen noch nicht im Detail betrachtet worden. Insgesamt werde der Prozess durch die Bauberatungskommission begleitet. In der Interfraktionellen Runde solle angeregt werden, auch Mitglieder des AOV in die Bauberatungskommission aufzunehmen. Im weiteren Verlauf werden sowohl der Kreistag als auch der AOV eingebunden.

Herr Schams berichtet anschließend zur Aufschaltung der Städte Velbert und Haan.

Herr KA Switalski bittet um Erläuterung, wie eine Einsparung von sieben Mitarbeitern in diesen Städten möglich sei.

Herr Schams erklärt, dass aufgrund der vierundzwanzigstündigen Besetzung der verschiedenen Funktionen für eine Funktion fünf Stellen benötigt würden. Auf einer notrufabfragenden Stelle müssten mindestens zwei Funktionen besetzt sein. Bei der Kreisleitstelle seien hingegen immer mindestens bis zu sechs Mitarbeiter gleichzeitig vor Ort, was bei einer Einsatzzentrale nicht möglich sei. Durch die Zentralisierung könne daher entsprechendes Personal eingespart werden.

Herr Beitelsmann informiert abschließend über den Stand der Rettungsdienstbedarfsplanung und die notärztlichen Leistungen ab 2018.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6: Nachträge

Es ist geplant, am 29.06.2017 vor der Sitzung des Kreisausschusses eine Sondersitzung des AOV zum Thema der Vergabe der notärztlichen Leistungen ab 2018 durchzuführen.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird um 16:27 Uhr hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:28 Uhr

gez.
Udo Switalski

gez.
Cornelia Brinkhoff